

Lauterbach schaut dem Ausverkauf des Gesundheitswesens tatenlos zu

Ärzte und Zahnärzte fordern MVZ-Gesetz

Foto: Kramynina - stock.adobe.com

Der Vormarsch internationaler Investoren im deutschen Gesundheitswesen durch die Gründung oder Übernahme von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) schreitet voran. In der Zahnmedizin sind bereits rund 30 Prozent aller MVZ in der Hand von Private-Equity-Gesellschaften. Die Kassenärztliche und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns fordern die Bundesregierung auf, endlich ein MVZ-Gesetz auf den Weg zu bringen.

Mitte März beschäftigte sich der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags mit den Auswirkungen des Konzentrationsprozesses in der ambulanten Versorgung. Martin Hendges, Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), kritisierte, dass sich die Investoren insbesondere in der vertragszahnärztlichen Versorgung tendenziell etablierte Praxen an lukrativen Standorten suchen würden. Zur Versorgung strukturschwacher ländlicher Regionen würden die iMVZ hingegen keinen nennenswerten Beitrag leisten. 80 Prozent der iMVZ befänden sich in Städten oder Regionen mit hohem Einkommen.

Gemäßigtere Töne kamen dagegen von Dr. Andreas Gassen, dem Vorsitzenden des Vorstands der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Er riet „von einer stark

regulativen Gesetzgebung ab, die womöglich vor Gerichten nicht standhalten könnte“. Es gebe keine Anhaltspunkte, dass MVZ eine schlechtere Versorgung gewährleisten. Statt rigoros die MVZ-Gründungsrechte von Kliniken zu beschneiden – wie von den Bundesländern ebenso wie von der Bundesärztekammer gefordert – plädierte Gassen dafür, die vertragsärztliche Trägerschaft zu stärken. Inhabergeführte Praxen seien „die stärkste Brandmauer“ gegen Betriebe unter Beteiligungskapital.

Befremdliche Aussagen des KBV-Vorsitzenden

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) reagierte mit Befremden auf diese Aussagen. Der KVB-Vorstand erklärte in einer Pressemitteilung: „Wir stehen weiterhin vollumfänglich hinter der Initiative des Bundesrates, die großflächige Verbreitung von iMVZ, die von Finanzinvestoren beherrscht werden, im deutschen Gesundheitswesen wirksam zu begrenzen. Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, dass Finanzinvestoren immer häufiger ihnen wirtschaftlich rentabel erscheinende Arztstühle aufkaufen und damit jungen Kolleginnen und Kollegen keine Chance mehr haben, sich in eigener Praxis niederzulassen. Denn mit den finanziellen Möglich-

keiten von Private-Equity-Gesellschaften kann keine Ärztin und kein Arzt konkurrieren. So drohen eine Kettenbildung und Monopolisierung im Gesundheitswesen. Vom Vorstandsvorsitzenden der KBV erwarten wir, dass er diese Problematik erkennt und auch öffentlich differenziert darstellt – so wie dies gestern der Vorstandsvorsitzende der KZBV, Martin Hendges, getan hat. Kann oder will Gassen dies nicht tun, muss man über seine Eignung für das Amt an der Spitze der Vertretung der niedergelassenen Ärzte- und Psychotherapeutenchaft diskutieren.“

KZVB unterstützt Antrag des Freistaats Bayern

Auch die KZVB steht hinter dem MVZ-Entschließungsantrag, den der Freistaat Bayern bereits im Mai 2023 in den Bundesrat eingebracht hat. Dr. Rüdiger Schott: „Fast ein Jahr später ist noch immer nichts passiert. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach schaut dem Ausverkauf des deutschen Gesundheitswesens tatenlos zu. Jeder junge Kollege, der sich für die Tätigkeit in einem iMVZ entscheidet, fehlt uns als Gründer oder Übernehmer einer Praxis. iMVZ sind ein Brandbeschleuniger für das Praxissterben im ländlichen Raum.“

Leo Hofmeier